

Seite 344 u. ff.) über die Frage des Weltformats u. a. das folgende: „Wohl aber muß auf die Nachteile aufmerksam gemacht werden, die dem Buchdruck von jener radikalen Richtung drohen. Bereits die bestehenden Tarife bieten so manche Gelegenheit zum Nachrechnen*) und Herabdrücken. Macht die Bewegung des Ribellierens und Mechanisierens der Produktion weitere Fortschritte, so verstärken sich diese Gelegenheiten, und das Gewerbe hat den Schaden.“

Eine verblüffende Bestätigung unserer schon ausgesprochenen Meinung, daß die Buchdruckpreise im Tarif niedriger erscheinen, als sie in Wirklichkeit zu sein pflegen.

Im allgemeinen gelten dann noch gegen die hier angewandte Methode die Bedenken, daß vor Einführung des neuen Druckpreisetarifs von 1912 eine ungemeine Verschiedenheit der Satz- und Druckpreise herrschte und der Verleger nach dem von akademischer Seite sonst so hochgeschätzten Grundsatz des ungehinderten Wettbewerbes in der Lage war, sich durch persönliche Geschicklichkeit und Wahrnehmung der Konjunktoren möglichst vorteilhafte Preise zu sichern. Dieser Umstand ist ebenfalls geeignet, die stattgefundene Preissteigerung höher anzunehmen, als hier geschehen ist.

Eine Zusammenstellung der besprochenen vier Beispiele aus der Praxis gibt nun folgendes Bild:

Art der Arbeit	Auflage	Preisbewegung		
		v. 1890—1902	v. 1902—1912	v. 1890—1912
Dissertation	400	+ 15,1%	+ 40,3%	+ 55,4%
Wissenschaftl.				
Lehrbuch	1000	+ 1,6%	+ 24,1%	+ 25,7%
Schullesebuch	5000	- 10,7%	+ 15%	+ 4,3%
Roman	12000	- 17,4%	- 3,2%	- 20,6%

Dazu wird folgendes Resümee gegeben:

„Während in der ersten Hälfte des untersuchten Zeitraums lediglich die Werke mit ganz geringer Auflage und schwierigerer Satz- und Druckausführung (tabellarischer, wissenschaftlicher und Ziffernsatz) mäßige Preissteigerungen erfahren haben, die Werkdruckerarbeiten mittlerer und höherer Auflagen dagegen eine stark rückläufige Preistendenz zeigen, verändert sich das Bild im letzten Jahrzehnt ganz erheblich. Als Zeitpunkt des Beginns der allgemeinen Preissteigerung kann man wohl das Jahr 1907 annehmen, in dem ein neuer Lohn tarif neben großen Erhöhungen der Lokalzuschläge eine allgemeine 10prozentige Lohnsteigerung brachte und außerdem durch die Aufklärung, die die Feststellungen des ersten allgemeinen Preistarifs gaben, mehr Klarheit in die Buchdruckerkreise über das Wachsen der allgemeinen Unkosten gebracht wurde und allgemein eine schärfere Preiskalkulation begann.“

Es folgen dann noch eingehende Ausführungen über Bewegung der Druckpreise. (Schluß folgt.)

Kleine Mitteilungen.

Politik der Bücherei. — Im „Zentralblatt für Volksbildungswesen“ (Jahrg. 13 Heft 3) macht R. Angermann unter dem Titel „Doppelreplare und ausscheidende Bücher“ einige Bemerkungen zur Anschaffungspolitik der volkstümlichen Bibliotheken und erörtert vor allem die Frage, ob eine derartige öffentliche Bücherei in erster Linie eine Fürsorgeanstalt oder ein Bildungsinstitut sei. „Daß sie beides nicht in gleichem Maße sein kann, zeigt sich täglich mehr und mehr. Namentlich in größeren Betrieben wird man oft mit Schrecken gewahr, daß die Fürsorgetätigkeit die erzieherische völlig zu überwuchern und zu ersticken droht... Dem Bibliothekar, der seine Haupttätigkeit als eine erzieherische erkennt, wird an Bücherwölfen... nichts liegen. Und ebensowenig wird er die Meinung unterschreiben, daß sich bereits in der Neigung zur Literatur überhaupt, mag diese noch so minderwertig sein, ein geistiges Interesse kund tate, das schon an sich selbst liebevoller Pflege seitens der Bibliothek wert wäre.“ Alten Leuten, Schwachen und anderen Elementen möge man in der Weise entgegenkommen, den anderen Lesern gegenüber dürfe man sich hiermit nicht begnügen. Das Höherlesen gelinge nicht selten, deswegen möge man etwa zwei

*) Im Original nicht gesperrt.

Bände von May oder der Marlitt einstellen, um das Vertrauen des Lesers zunächst zu gewinnen. Verlange der betreffende Leser nach mehr Werken der Art, so solle man ihm getrost etwas Besseres reichen. Auf alle Fälle aber müßten die zugestandenen zwei Werke der unteren Grenzautoren in zahlreichen Exemplaren vorhanden sein. „Denn die Verbekraft eines Buches — der ja allein diese Autoren ihr Existenzrecht in der Bildungsbibliothek verdanken — verliert ganz beträchtlich, wenn es nicht ohne weiteres verfügbar ist, sondern erst vorbestellt werden muß... Aus ähnlichen Gründen scheint es mir auch nicht empfehlenswert von den Autoren dritten und vierten Ranges, wie etwa Jules Verne oder Gerstäcker, deren Fruchtbarkeit in keinem Verhältnis zu ihrem Wert steht, sämtliche Werke einzustellen.“ Wohl aber sollten eine Anzahl von Bänden da sein, damit der Ausleihbeamte nicht so oft in die Verlegenheit komme, dem Leser zu sagen, von dem Schriftsteller ist alles ausgeliehen. Entsprechendes habe auch für Familienblätter, wie Gartenlaube, Daheim zu gelten; auch sie locken und werben; man möge daher ältere Jahrgänge eingehen lassen und im übrigen das Publikum allmählich von dieser Kost entwöhnen, bis man das Minimum erreicht habe. Schließlich, meint Angermann, sei es überhaupt nicht vorteilhaft, die unterhaltende Abteilung einer populären Bibliothek ins Ungemessene zu vermehren. „Werden die Grenzen nicht zu eng gezogen, so ist es für die Bildungsarbeit einer Bücherei geradezu ein Vorteil, wenn sie nicht alle an sie gerichteten Wünsche befriedigen kann. Wie manches prächtige, anregende Buch kommt nur als Ersatz für ein begehrtes unter die Leute und trägt dann gute Früchte! Ja es wäre wohl denkbar, daß bei beschränkten Beständen sogar die eigentlichen Wünsche der Leser, die keineswegs immer offen am Tage liegen, letzten Endes noch besser erfüllt werden als bei allzu reichen.“ Diese Politik bewußter Beschränkung werde an einigen Bibliotheken bereits mit besten Ergebnissen befolgt.

Generalversammlung der Goethe-Gesellschaft. — Aus den Vorstandswahlen wurden auf der kürzlich in Weimar abgehaltenen Generalversammlung Freiherr von Rheinbaben, der Oberpräsident der Rheinprovinz, zum Vorsitzenden und Wolfgang von Dettingen, der Direktor des Goethe-Nationalmuseums, zum Vizepräsidenten gewählt. Bei der Wahl von Rheinbabens wurde hervorgehoben, daß er als Leiter der Rheinischen Goethe-Festspiele in einem engeren Verhältnis zu Goethe stehe. Dettingen erstattete Bericht über das Goethe-Nationalmuseum. Der Anbau sei erfreulicherweise bald vollendet und der Katalog zu Goethes Handbibliothek gehe seiner Vollendung entgegen. An Zuwendungen ist besonders ein bisher unbekanntes Goethebildnis von Dawe zu erwähnen, das den Mitgliedern der Goethe-Gesellschaft als diesjährige Spende überreicht werden soll. Als nächste Vereinsgabe soll der Briefwechsel zwischen Karl August und Goethe sowie der Registerband zu der Sophienausgabe von Goethes Werken erscheinen. Die große Ausgabe von Otto Ludwigs Werken, die von Paul Nerker-Leipzig besorgt wird, genießt ebenfalls die Unterstützung der Goethe-Gesellschaft.

Deutsch-russischer Literaturvertrag. — Im Ministerium des Äußern zu St. Petersburg hat am 14. Mai der Austausch der Ratifikationsurkunden betreffend die Urheberrechtskonvention zwischen Deutschland und Rußland stattgefunden.

Die Vorberatungen über ein neues Postabkommen zwischen Deutschland, Österreich und Ungarn sind beendet. Die Vertreter der österreichisch-ungarischen Regierung sind von Berlin, wo die Beratungen stattgefunden haben, zurückgekehrt. Die Beratungen waren dadurch notwendig geworden, daß der zwischen den Postverwaltungen von Österreich, Ungarn und Deutschland bestehende Postvertrag vom Jahre 1872 kürzlich von der österreichisch-ungarischen Regierung gekündigt ist. An die Stelle dieses Vertrages sollen zwei gesonderte Verträge treten. Wann die endgültigen Beratungen stattfinden werden, steht zurzeit noch nicht fest.

Eine deutsch-chinesische Universität in Tsingtau. — Man schreibt dem „Leipz. Tagebl.“: Das Reichsmarineamt hat einen Kommissar, den Geh. Regierungsrat Rosenberger, nach Tsingtau entsandt, um an Ort und Stelle die Vorarbeiten für einen Ausbau der dortigen deutsch-chinesischen Hochschule in Angriff zu nehmen und dem Reichsmarineamt über die erforderlichen Maßnahmen Bericht zu erstatten. Geheimrat Rosenberger ist inzwischen im Schutzgebiet Kiautschau eingetroffen. Es wird beabsichtigt, die Hochschule in doppelter Beziehung zu erweitern. Einmal ist in Aussicht genommen, die Räumlichkeiten so zu vergrößern, daß die Schülerzahl, die gegenwärtig aus Raummangel auf 350 beschränkt ist, auf 500 gebracht werden kann. Diese Maßregel ist auch bereits bei den Statberatungen des Reichstags in der Budgetkommission be-